
Antragsteller: **Bundeschvorsitz der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 1

Demografiebeauftragte/r auf Bundesebene

Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, eine/n Beauftragte/n für Demografie auf Bundesebene zu ernennen. Denn hierdurch wäre es möglich, die Ausarbeitung und Umsetzung der Demografiestrategie der Bundesregierung bestmöglich zu unterstützen und zu gestalten sowie darüber hinaus das Thema Demografie gebündelt zu koordinieren.

Die Gestaltung der Entwicklungen, die sich mit dem demografischen Wandel ergeben, zählt mit zu den gesellschaftspolitisch wichtigsten Aufgaben. So hat beispielsweise auch die Alterung der Gesellschaft Auswirkungen auf alle unsere Lebensbereiche. Viele Kommunen und Landkreise ernannten bereits Demografiebeauftragte und widmen sich diesem Themen- und Aufgabenfeld koordiniert und strategisch sowie mit entsprechendem Personal.

Und vor diesem Hintergrund ist es nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig, eine/n Beauftragte/n für Demografie auf Bundesebene zu ernennen.

Antragsteller: **Bundeschvorsitz der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 2

Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin

Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Die CDU Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin errichtet wird.

Der Deutsche Bundestag hatte am 9. November 2007 mit großer Mehrheit die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin Mitte beschlossen. Es soll nicht nur an die friedliche Revolution im Herbst 1989 erinnern und die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, sondern auch an die freiheitlichen Bewegungen in den vergangenen Jahrhunderten in unserem Land.

Ein solch nationales Denkmal gibt es bisher noch nicht. Doch jetzt soll diese Initiative, die besonders von CDU und CSU ausging, nach dem Willen von Haushaltspolitikern – nur weil der Kostenaufwand von zwölf auf fünfzehn Millionen Euro angestiegen ist – beendet werden.

Über die menschenverachtende Zeit des Nationalsozialismus gibt es in der Bundeshauptstadt mit nachvollziehbarer Begründung viele Denkmale und Gedenkstätten, jedoch über positive Entwicklungen fehlen solche Symbole.

Besonders für die junge Generation wäre es wichtig und notwendig, ein differenziertes Geschichtsverständnis zu erhalten.

Wir erwarten von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der es gelang, zweimal im Deutschen Bundestag dem Freiheits- und Einheitsdenkmal zum Erfolg zu verhelfen, sich ihrer Linie treu zu bleiben und den Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals zu verwirklichen.

Antragsteller: **Bundsvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 3

Religionsfreiheit achten, Christenverfolgung ächten

Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Religionsfreiheit muss in den Vereinten Nationen (United Nations / UN) mehr Beachtung finden. Christenverfolgung gilt es weltweit zu ächten.

Die Friedenssicherung – eines der Hauptziele der Vereinten Nationen – hängt zunehmend davon ab, ob tatsächlich religiöse Toleranz herrscht. Doch immer mehr Staaten tun sich schwer damit, Religionsfreiheit als individuelles Menschenrecht anzusehen und zu schützen.

Besonders die Verfolgung von Christen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Nicht nur islamistische Terrororganisationen / -gruppierungen wie IS und Boko Haram tragen dazu bei, sondern auch in der Türkei, Pakistan und vielen anderen Ländern klagen Gläubige der christlichen Glaubensgemeinschaften über Mangel an Schutz.

Mehr als 100 Millionen Christen werden weltweit an Leib und Leben bedroht. Diese und jede andere Form von religiösem Fanatismus gilt es zu ächten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung bleiben aufgefordert, mit dafür Sorge zu tragen, dass in den Vereinten Nationen die Religionsfreiheit mehr Beachtung findet. Und darüber hinaus gilt es auch bei der UN-Flüchtlingshilfe, die Frage der Religionsfreiheit stärker zu berücksichtigen.

Antragsteller: **Bundeschvorsand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 4

Vermittlung und Förderung nachberuflicher Tätigkeiten

Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass die Bundesagentur für Arbeit die Vermittlung und Förderung von nachberuflichen Tätigkeiten in einem neuen Aufgabenbereich bündelt. Die Bundesagentur für Arbeit soll hierbei auch in Zusammenarbeit mit den Kommunen eine nach Möglichkeit bundesweite Koordinierung von Angebot und Nachfrage nachberuflicher Tätigkeiten initiieren.

Bislang beschränkt sich eine Vielzahl der kommunalen Angebote für Ältere auf ehrenamtliche Tätigkeiten. Aufgrund mehrerer Faktoren, wie z.B. des demografischen Wandels, stehen allerdings viele Unternehmen bereits heute oder spätestens morgen vor dem Problem, einen möglichen Fachkräftemangel bewältigen zu müssen. Angebot und Nachfrage nachberuflicher Tätigkeiten sollten daher von der Bundesagentur für Arbeit einerseits und den Kommunen andererseits Hand in Hand koordiniert werden.

Die gegenwärtig primären Aufgabenbereiche der Bundesagentur für Arbeit werden nicht der gesellschaftlichen Entwicklung gerecht, dass immer mehr Seniorinnen und Senioren in ihrer nachberuflichen Phase nicht „nur“ ehrenamtlich tätig sein möchten, sondern auch beispielsweise zu ihrer Rente hinzuverdienen wollen. Die koordinierte Vermittlung und Förderung von nachberuflichen Tätigkeiten könnte darüber hinaus auch dazu beitragen, einer drohenden Altersarmut ein Stück weit entgegen zu wirken. Darüber hinaus wäre dies auch eine folgerichtige Konsequenz der kommenden Flexi-Rente.

Antragsteller: **Bundeschvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 5

Verbindliche und bundesweit einheitliche Standards in Pflegeheimen und Senioreneinrichtungen

Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, dass verbindliche und bundesweit einheitliche Standards für Pflegeheime und Senioreneinrichtungen eingeführt werden, die neben der Personalausstattung auch Qualitätsstandards sowie Standards für die Gestaltung einer vollwertigen Verpflegung umfassen.

Noch wird beispielsweise die Personalausstattung für ein Pflegeheim zwischen der Pflegekasse, der Kommune und der jeweiligen Einrichtung ausgehandelt. Bundesweit einheitliche Vorgaben fehlen bisher. Doch die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen sowie auch die Zahl älterer Menschen mit Mehrfacherkrankungen und speziellem Pflegebedarf steigt und damit einhergehend auch die Anforderungen an die Pflegekräfte und Pflegeinstitutionen. Dieses quantitative Mehr darf allerdings nicht zu Lasten der Pflege gehen.

Das Personalbemessungsverfahren des Pflegestärkungsgesetzes II, dessen Entwicklung und Erprobung erst Mitte 2020 abgeschlossen sein soll, greift womöglich nicht nur zu kurz, sondern kommt mit seiner eventuellen Einführung ab 2021 auch schon zu spät.

Der Handlungsbedarf besteht jedoch jetzt. Und er besteht für mehr als 760.000 vollstationär und mehr als 600.000 teilstationär / ambulant versorgte Pflegebedürftige.

Senioren-Union
Antrag an den 29. Bundesparteitag der CDU



Antragsteller: **Bundeschvorsitz der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Nr. 6

Verbot der Vollverschleierung gesetzlich einführen

Der 28. Bundesparteitag der CDU Deutschlands möge beschließen:

Die CDU Deutschlands setzt sich bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür ein, dass die Vollverschleierung von Frauen z.B. durch Burka und Niqab gesetzlich verboten wird.

Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Die Vollverschleierung aber ist ein Zeichen von Abgrenzung und kann als Bekenntnis zu einer Parallelgesellschaft gesehen werden. In Nachbarländern wie Frankreich, Belgien und der Schweiz ist beispielsweise das Tragen einer Burka bereits gesetzlich verboten.

Für uns stellt die Vollverschleierung in erster Linie einen Ausdruck der Unterdrückung der Frau dar, durch eine nicht zu unserer Gesellschaft passenden Auslegung des Islams.